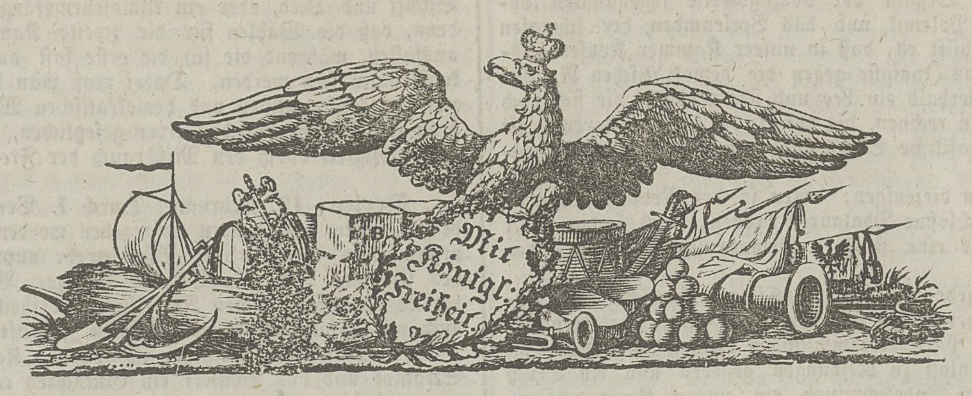
Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 38. Mittwoch, den 14. Februar 1849.

Berlin, vom 14. Februar.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem General-Inspekteur des Medizinalwesens in Aegypten, Dr. Clot-Bey zu Kahira, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse; dem bisherigen Landrath des Meseritzer Kreises, von Zychlinski, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Obersteuer-Controlleur, Steuer-Inspektor Grimm in Laucha, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; den Premier-Lieutenants Grafen von Brandenburg vom Regiment Garde du Corps und vom Garde-Kürassier-Regiment, den St. Johanniter-Orden; so wie dem Steiger auf der Steinkohlenzeche Kalksiepen, Heinrich Mieles, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Das 6te Stück der diesjährigen Gesetzsammlung enthält unter
Nr. 3102. Die Verordnung vom 9. d. M., betreffend die Errichtung von Gewerbe-Räthen und verschiedene Abänderungen der allgemeinen Gewerbe-Ordnung; und
- 3103. desgleichen von demselben Tage, über die Errichtung von Gewerbe-Gerichten.

Deutschland.

Wahlen für die erste Kammer.
(Fortsetzung.)

Provinz Brandenburg.

Potsdam: Kriegsminister v. Strotha; Kultusminister v. Ladenberg.

Kreise Ober- und Nieder-Barnim und Angermünde: Ministerpräsident Graf Brandenburg; Präsident Graf Itzenplitz; Geh. Kommerzien-Rath Beer aus Berlin.

Kreise Priegnitz und Ruppin: Ritterschafts-Rath Thym-Segelitz; Unter-Staatssekretär v. Pommer-Esche.

Frankfurt a. d. O.: O.-L.-G.-Chef-Präsident Dr. Scheller. Regierungs-Rath Bennecke.

Kreis Nauen: Prinz von Preußen, einstimmig; Ritterschafts-Direktor v. Katt.

Provinz Pommern.

Für den ersten Wahlbezirk des Stettiner Regierungsbezirks, bestehend aus den Kreisen Demmin, Anklam, Ueckermünde, Randow (linkes Oderufer und Insel Usedom, sind die Herren:
1) Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen 27 Stimmen, Ober-Präsident Bötticher 2 Stimmen,
2) Ober-Präsident Bötticher 21 Stimmen, v. Enkevort-Vogelsang 7 Stimmen, ungültig 1 Stimme,

zu Abgeordneten gewählt worden.

Stralsund, Franzburg, Rügen: v. Usedom, Gesandter in Rom.

Greifswald, Grimmen: Direktor Baumstark in Eldena.

Provinz Posen.

Fraustadt, Krotoschin, Adelnau, Kosten, Bomst, Kröben und Schildberg: General-Postamts-Direktor Schmückert in Berlin; Geheimer Regierungs-Rath v. Schleinitz in Berlin; Gutsbesitzer Gebel aus dem Schildberger Kreise.

Provinz Schlesien.

Lüben: Regierungs-Rath v. Merkel in Liegnitz, links; Vicepräsident v. Forkenbeck in Glogau, links.

Grüneberg, Freistadt, Sprottau und Sagan: Domainen-Rath Joh. di Dio in Berlin; Vicepräsident v. Forkenbeck in Glogau, links.

Breslau: Ministerpräsident Graf Brandenburg; Minister Milde.

Bunzlau: 1) Major a. D. Graf Schlieffen auf Gr. Krauschen.
2) Kreis-Deputirte Dr. Cottenet in Braunau.

Görlitz-Hoyerswerda-Lauban:
1) Land- und Stadtrichter Zenker in Friedeberg (ehemaliges Mitglied der äußersten Linken und Steuerverweigerer.)
2) Minister a. D. Bornemann.

Provinz Sachsen.

Magdeburg: Ober-Präsident v. Bonin; Ober-Regierungs-Rath Triest.

Halberstadt: Landrath v. Gustedt.

Halle: Stadtrath Wucherer; Minister v. Ladenberg.

Neuhaldensleben: Graf v. Alvensleben, Minister a. D.; Lieut. Herrmann, Fabrikbesitzer.

Erfurt: General v. Schack; Landrath v. Münchhausen.

Wahlen für die zweite Kammer.
(Schluß.)

Die Wahlen zur zweiten Kammer sind jetzt vollständig bekannt. Wir theilen die letzten hier mit:

Provinz Preußen.

Neidenburg: Seilermeister Rheinländer, rechts; Oberförster Wichmann, rechts.

Kreis Niederung: Dr. Knauth, links; Landrath v. Schlick, rechts.

Provinz Posen.

Mogilno, Gnesen: Probst Janiczewski, links; Dr. Liebelt links.

Rheinprovinz.

Kreise Kochem, Adenau, Zell: Post-Expedient Müller, links; Kaufmann Bauer, links.

Provinz Schlesien.

Neisse, Grottkau: Subregens Schneeweiß, rechts; Stadtrath Ludwig, rechts.

Oppeln: Müller Riedel, links.

Das Resultat ist nach unserer Rechnung, daß von 350 Abgeordneten 192 der konservativen und 158 der radikalen Partei angehören, also eine Majorität von 34 für die erstere Partei sich herausstellt.

Berlin, 12. Februar. Der Minister des Innern hat in Bezug auf den Entwurf der Gemeinde-Ordnung folgende Cirkular-Verfügung an sämmtliche königliche Regierungen und Ober-Präsidien erlassen: „Zu den §§. 5 und 8 des unlängst von mir mitgetheilten Entwurfes der Gemeinde-Ordnung sind unter Anderem diejenigen Abänderungs-Vorschläge gemacht worden, welche ich der königlichen Regierung in der Anlage zur Berücksichtigung bei dem zu erstattenden Gutachten mittheile.

Berlin, den 11. Februar 1849.

Der Minister des Innern.
v. Manteuffel.

Modifikationen des Entwurfes der Gemeinde-Ordnung.

§. 5. Jeder Preuße, welcher seit einem Jahre in einer Gemeinde wohnt, das 24ste Lebensjahr vollendet hat und nicht in Folge rechtskräftigen richterlichen Urtheils die staatsbürgerlichen Rechte ganz oder theilweise entbehrt, ist Mitglied der Gemeinde, zu allen Gemeindeämtern wählbar, und hat das Recht, bei wichtigen Gemeinde-Angelegenheiten auf die in §§. 43, 44 dieses Gesetzes näher bestimmte Weise, so wie zu den Wahlen nach Vorschrift des §. 8 mitzuwirken.

§. 8. Jedes Mitglied der Gemeinde, dessen reines Einkommen nicht unter einem gewissen von der Provinzial-Versammlung für die einzelnen Gemeinden, nach Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse, auf 150, 200, 250, 300, 350 oder 400 Thlr. näher zu bestimmenden Jahresbetrage steht, ist ohne Weiteres Gemeindewähler.

Die übrigen Mitglieder der Gemeinde wählen von 3 zu 3 Jahren eine Anzahl von Gemeindewählern aus ihrer Mitte. Diese Zahl wird von dem Provinzial-Ausschusse festgesetzt; sie darf die Zahl der anderen Gemeindewähler nicht übersteigen. Der Provinzial-Ausschuß erläßt für diese Wahlen ein Reglement, welches der Genehmigung des Ministers des Innern bedarf.

Für solche Landgemeinden, deren Mitglieder sich nach ihren Besitzverhältnissen in mehrere bestimmte Klassen scheiden, kann auf den Antrag des Provinzial-Ausschusses durch Beschluß der Provinzial-Versammlung festgesetzt werden, daß alle Gemeindeglieder unmittelbar an den Wahlen Theil zu nehmen haben. In dem Beschlusse sind die Unterscheidungs-Merkmale der Klassen genau zu bezeichnen und die Anzahl der Gemeinde-Verordneten, die eine jede Klasse zu wählen hat, zu bestimmen. Derselbe Beschluß kann sämmtliche Gemeinden eines Kreises umfassen. Dem Antrage des Provinzial-Ausschusses muß ein Gutachten der Kreis-Versammlung beigefügt sein.

Die in diesem Paragraphen vorgesehenen Festsetzungen der Provinzial-Versammlung und des Provinzial-Ausschusses können von 6 zu 6 Jahren abgeändert werden.

Berlin, 12. Februar. (Wie sieht es auf der Rechten aus?) Es ist als ein Glück zu betrachten, daß so hervorragende Persönlichkeiten aus beiden Fraktionen unsrer Partei, von den Altkonservativen und den Altliberalen in die Kammer gewählt sind. Wenn es gelingt, — und davon, daß es gelingt, hängt der ganze Bestand unsres Staatswesens ab — die beiden Fraktionen der ehemaligen Gegner Angesichts des gemeinsamen Feindes dauernd zu Einer Partei zu verschmelzen, dann ist ein Großes gewonnen. Dazu genügt es aber nicht, daß die Repräsentanten beider Richtungen sich einander nähern und gemeinschaftliche Sache machen, sondern auch außerhalb der Kammer, im Volke müssen annähernde Schritte

geschehen. Namentlich aber in der Presse. Die Organe der Rechten müssen entschieden Front machen gegenüber dem Radikalismus unsrer Tage, der Demokratie. Es muß vor Allem festgestellt werden, daß die liberalen Zeitschriften mit den demokratischen nun u. nimmer gemeinschaftliche Sache machen. Dagegen haben die Organe der vorzugsweise sogenannten konservativen Partei die leidige Polemik und das Verleumden der liberalen Richtung aufzugeben. Was hilft es, daß in unsrer Kammer Konservatismus und Liberalismus auf das Innigste gegen die demokratischen Radikalen sich verbünden, wenn außerhalb ein Leo und Florencourt, die sich doch zu der altkonservativen Fraktion rechnen, die politischen Freunde derer, mit welchen ihre Partei gemeinschaftliche Sache macht, unablässig mit Schmähungen überhäuft.

Unglückliches Volk, wenn diejenigen, denen in der Revolutionspartei des gemeinsamen Feindes geschloßne Phalanxen drohen, noch immer nicht den alten Hader vergessen und eine starke reformatorische Rechte bilden mögen. —

Beide Fraktionen haben jede für sich soviel Eigenthümliches und Besondres, daß es kaum wünschenswerth ist, Beide in Einen parlamentarischen Klub oder wie man die Parteiversammlungen nennen mag, vereinigt zu sehen. Hier würde nur Anlaß zu Reibungen gegeben und ein Bruch die Folge sein. Möge sich um Bodelschwingh ein eigener Kreis versammeln, an glänzenden Talenten wird es darin nicht fehlen; der Name des Führers bürgt dafür. Mögen sich um Vincke, um Harkort, um Auerswald verschiedene engere Vereinigungen bilden; aber gebe man es endlich auf, die vertretenen Kategorien anzuwenden und sich äußerste Rechte, rechtes Centrum, zu tituliren! Das verwirrt die Begriffe der Nation; sie beurtheilt die Handlungen nach dem Namen der Partei und nicht die Partei nach ihren Handlungen. Auch dürften so viele Klubs sich bilden, daß die alten Titulaturen der politischen Impotenz gar nicht mehr hinreichen. — Nur alle jene Vereine mögen im steten Zusammenhang bleiben, wie die im deutschen Parlament. Sie beschicken sic gegenseitig, tauschen Ansichten aus, und, bei entscheidenden Fragen, z. B. bei der Adreßdebatte, treten sie zu ausführlichen Vorberathungen zusammen, nachdem sie einzeln in den Klubs sich verständigt und die Redner von jedem Klub beauftragt sind, denselben in der gemeinschaftlichen Berathung zu vertreten. Wenn es in solcher Zusammenkunft auch hart hergehen mag, man muß sich aussprechen und zu gemeinsamem Beschluß kommen, denn nach Außen muß die Partei einig sein und Eine Partei ausmachen gegenüber der Partei der Nationalversammlung, der Revolutionspartei, der Linken. Sie darf sich dieser gegenüber keine Blöße geben; feindselige Angriffe dürfen, wo sie nicht zurückzuhalten sind, nie vor der Kammer verlautbaren, sondern müssen in den Vorberathungen ihr Grab finden. —

Auf diese Weise wird den allerdings so sehr abweichenden Ansichten der verschiedenen Fraktionen nicht Gewalt angethan; es ist keine künstliche, gemachte Einigkeit; auf die Dauer wäre diese Zusammensetzung nicht; Alles fiele um so sichrer auseinander; die Gegensätze wären noch schroffer, die Persönlichkeiten noch feindseliger und die Spaltung in der Partei ganz unheilbar. Die verschiedenen Fraktionen vertheilen sich zwanglos in verschiedene Vereinigungen. Aber wie denn augenscheinlich das Bedürfniß ist, daß diese Divergenzen nicht dem gemeinsamen Feinde zum Vortheil gereichen, daß sie bloße Schattirungen und Nüancen bilden, so werden die Meinungsverschiedenheiten der mehrern Bestandtheile unsrer Partei niemals so weit gehen dürfen, um die Zahl der Linken zu verstärken, vielmehr wird jede dieser Abtheilungen in keinem Augenblick aus den Augen setzen, daß sie zusammen Eine und dieselbe Partei ausmachen und daß von der Eintracht der verschiedenen Bestandtheile der gemeinsamen Partei deren Sieg, und von dem Siege der Rechten das Heil des Vaterlandes abhängt.

(Parlam.-Corresp.)

— Wie verlautet, werden Ihre Majestäten der König und die Königin noch im Laufe dieses Monats Ihre Residenz von Charlottenburg nach Potsdam verlegen.

— Wir haben die Berliner Wahlen oft als sogenannte Ehren-Wahlen bezeichnen hören. Wir fragen: Was für Ehre ist man Leuten schuldig, die das Land verunehrt haben? einem Waldeck, Jakobi, Rodbertus, Berends, welche die Gesetzlosigkeit, die Anarchie zu etwas Dauerndem im Lande machen wollten, nur um ihre Minister- und anderen Gelüste befriedigen zu können, Leuten, welche nicht das Wohl des Volkes, sondern ihr eigenes wollten? Ist eine Ehre, diesen Leuten angethan, etwas Anderes, als eine Billigung jener unausgesetzten Straßentumulte und Bummlerkrawalle, wodurch diese Herren die ehrlichen Vertreter des Landes, die aufrichtigen Freunde des Königs und des Volkes terrorisiren wollten. Ist sie etwas Anderes, als das unumwundene Geständniß: Wir wollen nicht das Aufhören der Revolution, wir wollen die Fortsetzung, die Verewigung derselben; wir wollen nicht die gesetzliche Freiheit, sondern die ungebundene Frechheit der Selbstsucht, der Anarchie, und durch sie den Untergang unseres so ruhmreichen Vaterlandes. Das ist das Geheimniß der Wahlen Berlins, wenn sie wirklich die Gesinnung der Majorität seiner Einwohner repräsentiren; aber wir wollen besser denken von den Berlinern und ihrem Vaterlandssinn. Die Wahlen repräsentiren nicht ihre Gesinnung, sie dokumentiren nur ihren politischen Unverstand, ihre Unreife für eine freie Verfassung. Die Reife für die Freiheit beweist man nur durch die Achtung vor dem Gesetze, der Grundlage aller Freiheit. Beweist man aber Achtung vor dem Gesetze, Reife für die Freiheit, wenn man die, welche das Gesetz mit Füßen getreten, ehrt? wenn man die, so die Anarchie wollten, zu seinen Vertretern wählt? — Die Berliner haben sich dupiren lassen; wie sie vor einem Jahre eine Revolution machten wider Willen und ohne zu wissen warum, so haben sie am 5. Februar gewählt wider besseres Wissen und Wollen; sie haben sich verleiten lassen von einem kleinen Haufen vagabondirender Schriftsteller, bankerotter Kaufleute, kassirter Beamten 2c., sie haben bewiesen, daß es um die intelligente Hauptstadt Preußens nicht besser steht, wie einst um Ninive, worin 200,000 Menschen waren, die nicht wußten, was rechts und links ist. (Schl.Z.)

— Hören wir einmal das Urtheil eines Engländers, also eines Mannes, der die seit Jahrhunderten in seinem Vaterlande wehende Luft der Freiheit von Jugend auf einathmet, über unsere Zustände. Es heißt in einem englischen Blatt über unsere Wahlen: Die Wahlen in Preußen haben den Beweis geliefert, daß ein allgemeines Wahlrecht durchaus keine Gewähr für den wahren Ausdruck des Willens und der Gesinnung eines Volkes giebt, insofern man darunter die Gesinnung derer versteht, welche einerseits den geistigen Kern, die Kraft und Ehre der Nation bilden, andererseits durch ein Besitzthum eine Garantie für Zustände der Gesetzlichkeit und Ordnung darbieten. Um Wähler für die erste Kammer zu sein, genügt ein Einkommen von 500 Thalern oder die Zahlung einer sehr mäßigen Steuer; dazu ein Alter von 30 Jahren. Um Wähler für die 2te Kammer zu sein, genügen 24 Jahre, und daß man nicht erweislich ein Schuft und Dieb, oder ein Almosenempfänger ist. — So ergiebt es sich denn, daß die Wahlen für die zweite Kammer überwiegend demokratisch ausfallen, während die für die erste fast ausschließlich konstitutionell und konservativ sein werden. Dabei muß man bemerken, daß der Unterschied zwischen konservativen und demokratischen Wahlen in Preußen gerade so groß ist, als der zwischen einer gesetzlichen, vernünftigen Freiheit und der Gesetzlosigkeit durch den Mißbrauch der Freiheit nur immer sein kann.

(Voss. Ztg.

Berlin, 12. Februar. Durch k. Verordnung vom 5. d. Mts. ist dem Minister des Innern aufgegeben worden, zu veranlassen, daß die Reorganisation der Berliner Bürgerwehr nunmehr nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Oktober erfolge. Von dem Herrn Minister sind bereits die erforderlichen Anweisungen ertheilt. — Jetzt gestehen wir, daß auch wir anfangen vor der nächsten Zukunft Besorgniß zu hegen!

— Dem Justiz-Minister ist von den Kammergerichts-Präsidenten von Strampf und von Bonseri ein Gutachten eingereicht, in welchem sie von der praktischen Anwendung der Gesetze über Reorganisation der Rechtspflege bis zu dem Zeitpunkte abrathen, in welchem die Kammern jene Gesetze revidirt und anerkaunt haben werden.

— In einer Versammlung des 33sten und 35sten Bezirks äußerte ein Demokrat vom reinen Wasser: „Pfarrer sind nicht mehr nöthig, — Nachtwächter können eben so gut denselben Dienst versehen.“ — Ein zufällig anwesender Geistlicher betrat sofort die Tribüne und richtete folgende Worte an die zahlreich versammelten Demokraten:

„Hört Ihr Herren und laßt Euch sagen,
Eure letzte Stunde hat bald geschlagen!“

— (Ein Sohn des Gesammtministeriums.) Die Elberfelder Zeitung bringt folgende komische Mittheilung aus Frankfurt vom 5. Febr. Wir erlebten am vergangenen Sonnabend ein Fest eigener Art, die Taufe eines Reichkindes. Die Gattin des Reichsministers Duckwitz hatte ihrem Gemahle den zehten Erben, einen Sohn geschenkt, der durch den Ministerpräsidenten v. Gagern aus der Taufe gehoben wurde und nach britischer Sitte nicht blos den Vornamen des Pathen, sondern auch den Zunamen desselben beigelegt bekam, also Heinrich Gagern-Duckwitz geheißen ward. Es wäre nicht übel, wenn die nördliche Sitte Wurzel schlüge, damit statt der üblichen, oft läppischen, Vornamen, welche für die künftigen Bürger kaum Sinn haben, diese bedeutungsvollere und sinnreichere erhielten.

Wir erlauben uns zum Schlusse noch einen Vorschlag zur Güte. Bekanntlich war es zu Cromwells Zeit Sitte in England, den Kindern als Vornamen ganze Sprüche beizulegen. Wie wäre es, wenn der nächste Sohn des Gesammtministeriums den Namen erhielte: „Macht, daß Ihr bald nach Hause kommt!“

— Die Nachricht von der heimlichen Anwesenheit Kossuths hierselbst scheint sich zu bestätigen. Man sucht ihn hier mit seiner Familie, Frau und drei Kindern im Alter von 3—5 Jahren. Ebenso Bastiani und mehrere andere Ungarn. (N. Pr. Z.)

— Am 9. d. Mts., Mittags 12 Uhr, wurde das Gebäude, worin der Sitzungssaal für die erste Kammer befindlich, und um 1 Uhr das Gebäude, welches zu den Sitzungen der zweiten Kammer ebenfalls neu erbaut worden, gerichtet. Diese bedeutende Bauwerke sind in etwa fünf Wochen hergestellt worden. Die Feierlichkeit fand in gewöhnlicher Art statt, es zeigte sich aber unter den Gewerksmeistern, den Gesellen und Arbeitern eine große Einigkeit und ein Interesse an der Sache selbst, so daß die Trinksprüche auf das Wohl des Königs und der königlichen Familie, so wie auf das Vaterland und das Gedeihen des Werkes, zu dem die Häuser bestimmt wären, mit sichtbarem Enthusiasmus aufgenommen wurden. (P.-C.)

— Von der Ruhr wird der Kölner Zeitung Folgendes über die politischen Motive, welche die Wähler zur Wahl des Minister Bodelschwingh veranlaßten, geschrieben: „Der Minister hat es abgelehnt, selbst mit einem politischen Glaubensbekenntnisse öffentlich aufzutreten, weil dieses den Anschein habe, als suche er eine Abgeordneten-Stelle und als wolle er sich irgendwo als Kandidat aufdrängen. Aber vor einer dieserhalb an ihn abgeordneten Deputation erklärte er auf Befragen mündlich in folgender Weise: 1) Er erkenne die Verfassung vom 5. Dezember v. J. aufs vollständigste an, nicht als vollendete Thatsache bloß, oder aus unbedingtem Gehorsam, sondern aus dem lebendigen und deshalb weiter fortzubildenden Ausdruck der März-Bewilligungen und der damals garantirten Freiheiten; er sei ein Feind aller Reaktion und principiell ein Freund und wahrer Anhänger der constitutionellen Monarchie. 2) Er sei für die Ablösung aller auf dem Grundbesitze haftenden Lasten gegen billige Entschädigung, wenn er dabei auch nicht immer den 18fachen Betrag als angemessen erachte, und halte die Ablösung eben sowohl im Interesse der Berechtigten als der Verpflichteten. 3) Er sei der Ueberzeugung, daß der Adel, als besonderer Stand, sich überlebt habe und daß derselbe dadurch, daß seine früheren Grundlagen — Grundbesitz, materielle Mittel, Bildung — ein Gemeingut aller Stände geworden, seine Bedeutung verloren habe, obwohl damit nichts gewonnen werde, daß man den früheren Adeligen ihre Namen nehme. 4) Er sei durchaus für eine Ausgleichung der Grundsteuer zwischen den östlichen und westlichen Provinzen zu Gunsten der letzteren; diese Ausgleichung liege schon in der Gesetzgebung vom Jahre 1810 als Projekt angedeutet, jedoch habe sie der Adel und der große Grundbesitz der östlichen Provinzen stets hinaus zu schieben gewußt. 5) Er sei durchaus für eine progressive Einkommensteuer, habe sich auch auf dem ersten Vereinigten Landtage zu Berlin sehr dafür interessirt; er halte dafür, daß, wer im Staate viel zu verlieren habe, derselbe auch nach Maßgabe dessen für die Erhaltung des Staates hergeben könne. — Die Vergangenheit des Ministers findet ihre Vermittelnng zu der angegebenen Stellung zur neuen Zeit darin, daß er früher immer schon in der Staats-Regierung das bewegende Element im Staatsleben vertrat und die politischen Fortschritte, wo sie von oben her ausgingen, anregte und auf das lebhafteste befürwortete; daß er, um auch nur kleinere Fortschritte zu erzielen, ein gewissenhaftes Ausharren einem eigensinnigen Rücktritte vorzog nnd dabei die Kühnheit des Fortschrittes seiner Pflichttreue im Dienste eines absoluten Königs zum Opfer brachte. Obige Erklärungen erfolgten auf speziell vorgelegte Fragen. Aus dem Grunde nun dieser Erklärungen hielt die Majorität der Wahlmänner der Kreise Hamm und Soest nach gewissenhafte-

ter Prüfung die Wahl des von Vielen persönlich so hochgeehrten Herrn Ministers zugleich für eine politische Nothwendigkeit, um gegenüber dem drohenden Uebergewichte der Linken ein politisches Gegengewicht in die Waagschale der Rechten zu bringen, damit dem Lande ähnliche gefährliche Abirrungen, wie in der vorigen National-Versammlung, verhütet würden. Anerkannt als einer der größten und erfahrensten Staatsmänner, wird er am meisten geeignet sein, durch eine besonnene und scharfe Kritik das Nothwendige und praktisch Mögliche zu sondern von den vielen platonischen Phantasmagorieen politischer Ueberspannung und Schwindelei, und das Vaterland wird hoffentlich Grund finden, diese vollbrachte Thatsache seiner Zeit zu segnen. (Voss. Z.)

— Die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft ist in Folge des neuen Wechselrechts eifrig mit den Vorbereitungs-Arbeiten zur Emission von Papiergeld beschäftigt. Nach der bisherigen Gesetzgebung war den Aktien-Gesellschaften die Wechselfähigkeit nicht beigelegt. Das jetzt in Kraft getretene neue deutsche Wechselrecht bestimmt jedoch §. 1., daß jeder wechselfähig ist, der rechtsgültige Verträge schließen darf, und somit sind die frühe en Hindernisse, Solawechsel in Form von Papiergeld auszugeben, gehoben. Um einer Ueberschwemmung mit solchem papiernen Zahlungsmittel vorzubeugen, wäre es dringend wünschenswerth, die desfallsigen gesetzlichen Bestimmungen, namentlich die letzten Zeilen von §. 1. des Gesetzes vom 17ten Juni 1833, aufzuheben, weil hiernach und in Verbindung mit §. 1. des neuen Wechselrechts jeder Dispositionsfähige das Recht hat, Papiergeld zu kreiren. (D. Ref.)

— Der Belagerungszustand und seine bevorstehende Aufhebung sind noch immer Gegenstand eines lebhaften Für und Wider in der öffentlichen Meinung. Man will jetzt mit Bestimmtheit wissen, daß die Aufhebung vor dem 23sten Februar ausgesprochen werden soll. Doch hofft man, daß bis dahin auch die nothwendigen provisorischen Gesetze zum Schutz der Ordnung und Sicherheit erlassen sein werden, insbesondere eines gegen die Versammlungen und Aufzüge auf offener Straße und eins, das den Preß-Unfug unterdrückt, der seit neun Monate lang durch Plakate und Straßenverkauf so viel Unheil gestiftet, so systematisch zerstörend auf Vernunft und Sittlichkeit im Volke gewirkt hat. Ohne diese Garantien wird die Aufhebung des Belagerungszustandes bei weitem von der Majorität der bewußten öffentlichen Meinung für eine große Calamität oder Gefahr erachtet. Insbesondere tritt diese Meinung noch stärker hervor durch die unläugbar günstigen Einflüsse, welche die Erhaltung der Ordnung und Ruhe, die mit strenger Festigkeit und doch mit der größten Mäßigung bewirkt worden ist, auf die Vermögensverhältnisse der Einwohner Berlins, und insbesondere auch der ärmeren geübt hat. Wir haben jüngst gemeldet, wie stark die Einlegung in den Sparkassen vom Dezember v. J. ab, also von dem Zeitpunkt an, wo die gute Wirkung der hergestellten Ordnung eintreten konnte, gewesen sind. Die Zahl der unvermietheten Wohnungen hat sich bedeutend verringert, die Miethspreise sind nicht mehr so herabgedrückt als sonst. In Folge dessen hat der Grundwerth sich von seiner tiefen, zerstörenden Erschütterung erholt, und folgt dem steigenden Vertrauen in die Staatspapiere. Haben die Kammern, auf deren Zusammentritt wir hoffen, Kraft und ächten Patriotismus genug, um der Wahrheit der Ordnung, des Rechtes, der Freiheit vor dem Scheinbilde derselben, den Vorzug zu geben, und sie zur thatsächlichen Geltung zu bringen, so dürfte endlich, wenn auch nur allmählig, die Zeit der Erholung für unser Vaterland kommen, das durch die unvermeidlichen Erschütterungen der Zeit lange nicht so schwer gelitten hat, als durch die böswilligen Unterwühlungen der Parteien, die sich durch Einsicht und gewissenhafte Kraftanstrengung der Tüchtigen und Guten abwenden lassen, also ein vermeidliches Unheil bilden. Hoffen wir, daß uns diese Einheit und Kraft, die nur durch das Bündniß der Regierung mit den Vertretern des Staats zu erreichen ist, nicht fehlen werde. (B. Z.)

Königsberg, 9. Februar. Unsere demokratischen Herren konnten den Wahltag nicht vorüber lassen, ohne ihrer anerkennenswerthen Begeisterung für die wahre und reine Demokratie einen zarten Ausdruck zu geben. Jakoby war nicht gewählt, aber er durfte nicht ungeeifert bleiben. Die Studenten hatten ein Vivat beschlossen, doch der Senat untersagte es ihnen. Da war guter Rath nicht theuer. Der Arbeiter-Verein stellte sich an die Spitze, und die Studenten folgten. Die Gasse erklang von Vivats und Liedern, Jakoby brachte der Demokratie sein Hoch aus, und der Zug wälzte sich nach der Wohnung Rupps hin, um ihm die gleiche Ehre zu erweisen. Glücklicher Weise hielt unser monarchisches Proletariat seinen Ingrimm im Zaume, — während die aufgeklärte tilsiter Demokratie, vom Genius der Neuzeit begeistert, gegen die Wahl des Stadtgerichts-Direktors Reuter ihr Separatvotum mit Knütteln und Steinwürfen einlegte, so daß der Abgeordnete von gut reaktionären Dragonerfäusten gerettet werden mußte. Mit unsern Studenten steht es, zum guten Theil wenigstens, sauber. Stecken in ihrem Komment drin bis über die Ohren; hängen an ihrem abgelebten Korpsplunder wie an einem Evangelium, und in politischen Dingen sind sie radikal vom Kopf bis zu den Füßen, von der bunten Mütze bis an die Sporen, daß auch kein conservativer Zoll zu finden ist. Das heißt doch recht deutsche Philisterhaftigkeit von altem Schrot und Korn! Und hier in Königsberg kann man das Wunder sehen, wie rothe Jakobinermützen mit wollenen Schlafmützen gefüttert sind. Und unsere Bourgeoisie treibts nicht anders. Jetzt freut sie sich, daß Rupp, der Freiheitsheld, gewählt ist, und reibt sich die Hände vor übergroßem Behagen, und ich sehe die Herren schon, wie sie sich hinter die Ohren kratzen und sich winden, wenn der große Messias ihnen seine Freiheit und Gerechtigkeit über den Hals bringen wird.

Die rechte Seite unserer Wahlmänner hat, um an dem Resultate der Wahl als unbetheiligt dazustehen, folgende Erklärung veröffentlicht: „Mit dem Wunsche, dem Vaterlande durch die Wahl bewährter Abgeordneter für die zweite Kammer redlich zu dienen, stimmten wir unterzeichnete Wahlmänner der Stadt Königsberg und des dazu gehörigen Landkreises, in der Ueberzeugung, Besseres nicht thun zu können, am gestrigen Wahltage mit 146 Stimmen für den Professor und Tribunalsrath Herrn Simson, zur Zeit Präsident der deutschen National-Versammlung in Frankfurt, und mit 148 Stimmen für den Justiz-Kommissarius Herrn Tamnau hierselbst. Wir beabsichtigen durch diese Veröffentlichung zu erklären, daß wir die großen Talente, die Ehrenhaftigkeit und die bewährten guten Gesinnungen dieser schätzenswerthen Männer anerkennen, und daß wir es uns zur Ehre anrechnen, für sie gestimmt zu haben, obschon wir gleichzeitig bedauern müssen, in der Minorität geblieben zu sein."

(Folgen die Unterschriften.) (D. Ref.)

Breslau, 12. Februar. Bei der heute stattgefundenen Wahl zweier Deputirten zur ersten Kammer wurde der Staatsminister Milde mit 56 gegen 9 und der Ministerpräsident Graf Brandenburg mit 58 gegen 7 Stimmen erwählt. Die übrigen Stimmen zersplitterten sich auf den Justizrath Gräff und den Grafen York v. Wartenberg. Milde hatte sich die Wahl durch eine am Sonnabend vor den Wahlmännern gehaltene Rede gesichert, worin er besonders die Schritte des Ministeriums Auerswald vertheidigte und sich die Stimmen Mancher gewann, die ihm bisher nicht geneigt waren. Sollte Graf Brandenburg, wie zu erwarten, auch in Schweidnitz gewählt werden und die letztere Wahl annehmen, so würde hier bei einer Neuwahl wohl Graf York die meiste Aussicht haben. In Ohlau soll der ehemalige Oberpräsident Pinder für die erste Kammer gewählt sein. (D. Ref.)

Frankfurt a. M., 9. Februar. (167ste Sitzung der Reichs-Versammlung.) Man ging zur Tagesordnung der gestern abgebrochenen Berathung von Art. VII. §. 30. der Grundrechte über. — Schütz von Mainz vertheidigte ein Amendement des Inhalts: „1) die Besteuerung in der Gemeinde, im Einzelstaat und im Gesammtstaate ist, unter Aufhebung sämmtlicher Abgaben, auf Grund der fortschreitenden Einkommensteuer der Art zu ordnen, daß das zum nothwendigsten Lebensunterhalte erforderliche Einkommen frei bleibe. 2) Keine Steuer darf erhoben werden, als auf Grund periodischer Verwilligung durch die Volksvertreter. 3) Die Vorsorge für mittellose Arbeitsunfähige ist Pflicht der Gemeinden, beziehungsweise des Staates. 4) Dem unfreiwillig Arbeitslosen muß die Gemeinde, beziehentlich der Staat, Arbeit gewähren."

Merck von Hamburg nahm als Berichterstatter der Minorität des volkswirthschaftlichen Ausschusses das Wort, indem er mit großer Ausführlichkeit durch sorgfältige statistische Notizen nachwies, in wie hohem Grade sich Frankreich durch die seit dem letzten Jahre angestellten Versuche mit dem Recht und dem Schutz der Arbeit einer völligen Erschöpfung aller materiellen Kräfte nahe geführt habe. Die Begriffe von Schutz und Recht der Arbeit ständen in unlösbarer Verbindung mit offenbaren Irrlehren, die am Ende dahin gingen, daß der Staat die Bürger erhalten solle. In diesem Sinne beantrage er mit der Minorität des volkswirthschaftlichen Ausschusses, daß auch die gegen den Schutz der Arbeit und der Arbeiter eingelaufenen Eingaben dem Reichs-Ministerium des Handels zur geeigneten Berücksichtigung überwiesen würden. Unter dem Schutz der nationalen Arbeit, sprach er, lehrt man ein System, welches den Ueberfluß und die Wohlfeilheit verbieten will. Die Freiheit der Arbeit ist nur das Recht des Eigenthums, es ist die Gleichheit vor dem Gesetz. Der Schutz der nationalen Freiheit ist eine Phrase, gegen die man sich waffnen muß. Die Arbeit, welche jeder ehrt, und die jeden ehrt, ist die menschliche Macht, welche die Natur bemeistert und sie zwingt, sich unseren Bedürfnissen zu fügen. Wenn daher die unterdrückte Produktion und Fabrikation Hülfe und Beistand von uns verlangen, um alle Hindernisse, die ihnen entgegen stehen, hinwegzuräumen, so ist es unsere Pflicht zu helfen; aber wenn sie prätendiren, die Nation zu zwingen, sich ihrer Produkte, gut oder schlecht, billig oder theuer, zu bedienen, dann ist ein solches Verlangen Tyrannei, der man sein gutes Recht nicht aufzuopfern braucht; denn die Freiheit ist der Grund jedes Rechts, — nichts darf ihr widerstehen.

Beseler von Greifswalde sprach zuletzt als Berichterstatter des Verfassungs-Ausschusses: Wir sind bei unseren Vorschlägen von dem Prinzip ausgegangen, daß immer nur die politische Seite ins Auge zu fassen, nicht aber die soziale Frage hierher zu ziehen sei. Deshalb waren wir der Meinung, daß das große Prinzip der Gleichheit auch bei der Besteuerung zur Anwendung kommen und in der Verfassung ausgesprochen werden müsse; indeß wir haben damit nicht die freie Autonomie der Einzelstaaten beschränken wollen, nur das erkannten wir für unsere Pflicht gegen die deutsche Nation, den Grundsatz hinzustellen, nach welchem fortan die Besteuerung zu regeln sei. Nicht aber können wir uns hier veranlaßt fühlen, Systeme oder vielmehr Träumereien durchzuführen, die am Ende eine Zerrüttung des ganzen Staatslebens zur Folge haben müßten. Die große Frage wegen der Arbeit lösen wir hier wahrlich nicht durch einzelne Paragraphen: das Leben wird sie lösen, wir stehen jetzt erst in Uebergangsperioden. Die freie Konkurrenz macht es nöthig und möglich, daß wir neue Formen für den Schutz der Arbeit finden, und die Genossenschaften, der alt germanische Assoziationsgeist, werden uns in freier Selbstbeschränkung den Schutz der Arbeit erlangen lassen. Ich sehe nicht ein, wie man ein absoluter Freihändler und nicht wie man wiederum ein absoluter Schutzzöllner sein kann; es ist vielmehr auch hier die Aufgabe Deutschlands, Sonder-Interessen auszugleichen. Deshalb kann ich nur rathen, daß sie den Antrag des Verfassungs-Ausschusses annehmen, und alles verwerfen, was man dem darin ausgesprochenen großen Prinzip hat anhängen wollen. Aus diesem Grunde empfehle ich den Antrag von Makowiczka und Genossen. Seien wir bescheiden, und legen wir nicht zu viel in die Verfassung, nicht den Keim der Zwietracht in die Grundrechte! (Lebhafter Beifall.)

Es wurde zuerst zur Abstimmung über den folgenden Antrag von Makowiczka und Genossen geschritten: „In Erwägung, daß die Aufstellung allgemeiner Besteuerungsgrundsätze und die Empfehlung oder Verwerfung bestimmter Arten von Steuern nicht in die Verfassung gehört, sondern Sache der Administration der Einzelstaaten und beziehungsweise des Reiches ist; daß die Vorsorge für arbeitsunfähige Arme einen Gegenstand der Heimaths-, Gemeinde- und Armengesetze bildet; daß endlich ein Grundrecht auf die Einführung oder Aufhebung bestimmter Steuern, so wie auf Errichtung von Kredit-Anstalten überhaupt nicht wohl gedacht werden kann, wolle die Reichs-Versammlung beschließen:

die in sämmtlichen zu dem §. 30. der Grundrechte gestellten Minoritäts-Erachten beantragten Bestimmungen nicht in die Grundrechte des deutschen Volkes aufzunehmen."

Der Antrag wurde bei Namensaufruf mit 317 gegen 114 Stimmen angenommen.

Es folgte hierauf, übereinstimmend mit dem Entwurf des Verfassungs-Ausschusses, die Annahme von:

§. 30. Die Besteuerung (Staats- und Gemeindelasten) soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört.

Die weitere Berathung über den Rest der Grundrechte wurde sodann bis auf Montag den 12ten vertagt und die Sitzung um 2 Uhr aufgehoben.

Frankfurt a. M., 9. Februar. Die „Frankfurter Zeitung" theilt den Wortlaut der Oesterreichischen Note vom 4. Febr. 1849 mit,

dieselbe schließt mit den Worten: „Gegen eine Unterordnung Sr. Majestät des Kaisers unter die von einem anderen Deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt verwahren sich Se. Majestät der Kaiser und allerhöchstdessen Regierung auf das Feierlichste. Sie sind dies sich, Sie sind es Oesterreich, Sie sind es Deutschland schuldig."

Mainz, 9. Februar. Vor einiger Zeit enthielten Frankfurter Blätter von hier aus die natürlich nur als Gerücht mitgetheilte Nachricht, daß Fürst Metternich bis gegen Ende des Monats April auf dem Schlosse Johannisberg eintreffen werde. Eine uns heute zugegangene Privat-Mittheilung aus dem Rheingau wiederholt dies Gerücht in bestimmterer Weise. (Köln. Ztg.)

Sundewitt, 5. Februar. Vorgestern sind auf Alsen wieder 900 Mann ausgeschifft worden. Die Besatzung wird jetzt auf circa 13,000 Mann angeschlagen.

Alsen, 8. Februar. Unter den hiesigen dänischen Offizieren ist allgemein die Ansicht herrschend, daß der Kampf nach Ablauf des Waffenstillstandes wieder beginnen werde. Mit den Schleswig-Holsteinern hofft man sehr leicht fertig zu werden, und Deutschland betrachtet man als nicht mehr existirend. Die Befestigungen auf unserer Insel sind wirklich imposant. Eine Menge von Geschützen des schwersten Kalibers sind zu uns herüber geschafft. An eine Herausgabe der Insel wird natürlich nicht im Entferntesten gedacht. (S.H.Z.)

Oesterreich.

Wien, 10. Februar. Fürst Schwarzenberg ist gestern Nachmittag, nachdem er schon seit mehreren Tagen abreisen wollte, nun endlich nach Olmütz abgegangen. Daß man hier wichtige Berathungen gepflogen, unterliegt keinem Zweifel, indem die Minister-Konferenzen unausgesetzt statt fanden und in den letzten Tagen, mit nur sehr kurzen Unterbrechungen, sowohl bei Tage als in der Nacht fortwährten.

Obgleich über diese Konferenzen und ihre Veranlassung noch der Schleier des Geheimnisses gebreitet ist, so verlautet doch, daß die deutsche Frage und die Finanzen nicht die letzte Stelle in denselben eingenommen haben. Hinsichtlich der ersteren kann der Minister-Präsident Preußen nicht verzeihen, daß es die Initiative durch seine Circular-Depesche vom 23sten Januar ergriffen und das alte Schlepptau, an welchem es von Oesterreich so lange herumgeführt worden, kräftig durchhauen hat. Die Nachrichten, die die Allgemeine Augsburger über die in Frankfurt abgegebenen Erklärungen des hiesigen Kabinets gegeben, sind nicht ohne Wahrheit, nur ist es nicht ersichtlich, wie dieselben ausgeführt werden sollen, und wie man an der Lieblingsidee der Gruppirung der deutschen Regierungen, was mit anderen klaren Worten nichts anderes als Mediatisiren der kleineren Fürsten heißt, festhalten und den Gesammtstaat Oesterreichs mit seinem überwiegenden slavischen Elemente zu Deutschland schlagen will, wogegen das Element mit Hand und Fuß sich auflehnen wird. Aber auch Deutschland in allen seinen Partei-Schattirungen kann nicht verkennen, daß für dasselbe dieser Kraftzuwachs von 37 Millionen nur ein sehr negativer Vortheil wäre, indem die Kaiser-Monarchie der Supremat des deutschen Reichs würde, und nicht Oesterreich in Deutschland, wohl aber das Letztere in das Erstere aufgehen müßte. Ganz abgesehen von dieser Berathung aber, wird es dem kaiserlichen Kabinet auch niemals gelingen, die Zustimmung der gesammten österreichischen Volksstämme zu diesem Experimente zu erhalten, und da man dem Fürsten Schwarzenberg nicht zutrauen darf, daß er über den wahren Geist im Dunkeln sei, der in den nichtdeutschen Unterthanen seines Monarchen seine Entwickelungs-Periode betreten hat, so reduziren sich alle die schönen Redensarten, mit denen Herr von Schmerling offen und insgeheim in Frankfurt für Oesterreich wirbt, nur darauf, eine sehr unbeliebige Einheit zu verhindern, zu temporisiren und dem Zufalle und der Intrigue Geltung gegen Preußen zu verschaffen, dessen Hegemonie verabscheut wird, und welches man sich nicht ebenbürtig mit Oesterreich denken mag. (D. Ref.)

Wien, 11. Februar. Minister Kraus, welcher von seinen Kollegen hier allein zurück geblieben war, ist nun auch gestern Abend nach Kremsier abgereist. — Die Verausgabung von 25 Millionen Centralanweisungen wird heute veröffentlicht. Vorerst sind Beträge von 1000, 500, 100 und 50 Fl. festgestellt. Auf Verlangen werden auch Theilanweisungen von 25 und 10 Fl. ausgegeben werden, für welche jedoch die Zinsen außer den Fällen der Annahme als Zahlung oder des baaren Einlösens ganzjährig berichtigt werden.

— Ein Brief aus Italien meldet, daß am 15. ein Sturm auf Malghera, die Vormauer Venedigs, stattfinden soll; ist dieses Fort einmal genommen, so kann sich auch die Lagunenstadt nicht lange mehr halten. In diesem Augenblick stehen zwar nur zwei Bataillone vor Malghera, allein es wird eine starke Heeresmacht dort zusammengezogen. In den ersten Tagen dieses Monats hat Radetzky plötzlich alle Truppen mobil gemacht und eine förmliche Razzia veranstaltet, um sowohl die zahlreich sich herumtreibenden piemontesischen und toskanischen Emissaire, als auch die flüchtigen Rekrutirungspflichtigen zusammenzufangen. In der italienischen Armee herrscht die feste Ueberzeugung, daß demnächst ein Einmarsch in Toskana aus dem Kirchenstaat erfolgen wird, „um dort Ordnung zu machen."
(D. Ref.)

Banater Grenze. Vestnik und Napredak vom 27. Januar bekräftigen beide, daß Weißkirchen bereits in den Händen der Serben ist. Die Stadt wollte sich ergeben und sandte deshalb eine Deputation an General Todorovic mit Unterwerfungsbedingungen: die Kanonen sollten ihr belassen, die Serbianer nicht in die Stadt gelassen werden, sondern nur eine Grenzerbesatzung; 80,000 Fl. C.-M. wollten sie Kriegssteuer zahlen. Todorovic hatte schon früher gehört, daß die Weißkirchner alle Serben in ihrer Stadt todtgeschlagen hatten und fragte die Deputation: Wer ist unter Euch Abgeordneten ein Serbe? Die Deutschen zuckten die Achseln. Geht, erwiderte Todorovic, mit Euch lasse ich mich in keine Unterhandlung ein. Das Serbenheer stürmte darauf Weißkirchen und nahm es ein. Man fand nur zwei Serben in der Stadt und beiden waren die Augen ausgestochen. Todorovic ließ nun, wie Reisende erzählen, 50 Hauptschuldige aufsuchen und alle 50 hängen. Die Uebrigen ließ er in eine Reihe stellen und jeden fünften Mann erschießen. So wurden, heißt es, 400 erschossen. (Schles.Z.

Getreide-Bericht.

Berlin, 13. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: **Weizen** nach Qualität 55—58 Thlr.

Roggen, in loco 26 1/2 — 28 Thlr., pro Frühjahr 82pfünd. 27 1/2 Thlr. Br., pro Mai—Juni 27 1/2 Thlr. bez., pro Juni—Juli 28 1/2 Thlr. Br., 28 G.

Gerste, große, in loco 22—24 Thlr., kleine 19—21 Thlr.

Hafer, in loco nach Qualität 15 — 16 Thlr., pr. Frühjahr 48pfünd. 14 1/4 Thlr. Br.

Rüböl, in loco 13 2/3 Thlr. bez. u. G., pro diesen Monat 13 7/12 a 13 2/3 Thlr. bez., pro Febr.—März 13 1/2 Thlr. bez., pro März—April 13 1/3 a 13 1/2 Thlr. bez., pr. April—Mai 13 1/4 a 13 1/2 Thlr. bez., pro Mai—Juni 13 1/6 a 13 1/2 Thlr. bez., pro Juni—Juli 13 1/2 Thlr. Br., 13 1/3 G., pro Juli—August 13 1/2 Thlr. Br., 13 1/4 G., pro Sept.—Oktbr. 12 2/3 a 13 Thlr. bez., 13 Br.

Spiritus, in loco ohne Faß 14 2/3 Thlr. bez., pro Febr. 14 3/4 Thlr. Br., pro März 15 Thlr. Br., pro Frühjahr 15 1/4 Thlr. Br., 15 G., pro Mai bis Juni 16 Thlr. Br., 15 3/4 G.

Berliner Börse vom 13. Februar.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw Anl.	5	—	101 1/4		Pomm. Pfdbr.	3 1/2	92 1/8	—	
St. Schuld-Sch.	3 1/2	80 1/2	80		Kur-&Nm.do.	3 1/2	92 1/4	—	
Seeh. Präm-Sch.	—	98 3/4	98 1/4		Schles. do.	3 1/2	—	—	
K. & Nm. Schldv.	3 1/2	-	—		do. Lt. B. gar. do.	3 1/2	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	98 1/4	97 3/4		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	91	90	
Westpr. Pfdbr.	3 1/2	—	84 1/2						
Grosh. Posen do.	4	96 3/4	96 1/4		Friedrichsd'or.	—	13 7/12	13 1/12	
do. do.	3 1/2	81 5/8	81 1/8		And. Gldm. a 5 tlr.	—	13	12 1/2	
Ostpr. Pfandbr.	3 1/2	—	90 1/4		Disconto	—	—	4 1/2	

Ausländische Fonds.

Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	91 1/2	—	
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	75 1/4	74 1/2	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	104	103	
do. Stiegl. 2 4 A.	4	88	—		Hamb. Feuer-Cas	3 1/2	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	109	—		Holl. 2 1/2 o/o Int.	2 1/2	—	—	
do. Poln. SchatzO	4	—	73		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	—	—	
do. do. Cert. L. A.	5	—	—		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	13 1/4		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	—	
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	—	—						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr. 47	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	7 3/4	78 1/4 G.	Berl-Anhalt . . .	4	87 1/2 G. 88 B.
do. Hamburg	4	2 1/2	60 B.	do. Hamburg . .	4 1/2	94 1/4 G.
do. Stettin-Stargard	4	6	90 3/4 B.	do. Potsd.-Magd. .	4	84 1/4 bz.u.G.
do. Potsd.-Magdebg.	4	4	58 1/2 bz u. G.	do. do	5	94 3/4 G. 95 B.
Magd.-Halberstadt .	4	7	112 B. 111 1/2 G.	do. Stettiner. . .	5	102 3/4 G.
do. Leipziger . .	4	15	—	Magdb.-Leipziger .	4	—
Halle-Thüringer . .	4	—	51 B	Halle-Thüringer . .	4 1/2	85 3/4 a 86 bz.
Cöln-Minden . . .	3 1/2	—	78 2/3 etw. bz. u. B.	Cöln-Minden . . .	4 1/2	93 1/4 bz.u.G.
do. Aachen . .	4	4	51 1/2 B.	Rhein. v. Staat gar. .	3 1/2	—
Bonn-Cöln	5	—	—	do. 1 Priorität.	4	—
Düsseld.-Elberfeld .	4	4 1/2	—	do. Stamm-Prior	4	—
Steele-Vohwinkel .	4	—	36 1/2 B.	Düsseld.-Elberfeld ,	4	—
Niederschl. Märkisch.	3 1/2	—	72 bz. u. B.	Niederschl.-Märkisch.	4	86 7/8 bz.u.G.
do. Zweigbahn .	4	—	—	do. do	5	99 G.
Oberschles. Litr. A.	3 1/2	6	93 1/2 G.	do. III. Serie. .	5	95 1/2 G.
do. Litr. B.	3 1/2	6	93 1/2 G.	do. Zweigbahn .	4 1/2	—
Cosel-Oderberg . .	4	—	—	do. do.	5	80 G.
Breslau-Freiburg . .	4	5	—	Oberschlesische . .	4	—
Krakau-Oberschles. .	4	—	38 B.	Cosel-Oderberg	5	95 1/2 G.
Bergisch-Märkische .	4	—	58 bz. u. G.	Steele-Vohwinkel .	5	87 1/2 B.
Stargard-Posen . .	3 1/2	—	71 1/4 B. 71 G.	Breslau-Freiburg .	4	—
Brieg-Neisse . . .	4	—	—			
Quittungs-Bogen.		Einz.		**Ausl. Stamm-Actien.**		
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—	Dresden-Görlitz . .	4	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—	Leipzig-Dresden .	4	—
Aachen-Mastricht . .	4	30	—	Chemnitz-Risa . .	4	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—	Sächsisch-Bayerische	4	—
				Kiel-Altona .	4	88 1/2 B.
Ausl. Quittgs.-Bogen.				Amsterdam - Rotterdam	4	—
				Mecklenburger . .	4	35 B.
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—			
Pesther 26 Fl.	4	90	—			
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	38 a 37 7/8 bz.			

Barometer- und Thermometerstand

bei **C. F. Schultz & Comp.**

Februar.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	13	341,92‴	342,05‴	341,44‴
Thermometer nach Réaumur.	13	+ 1,5°	+ 2,8°	+ 0,8°

Beilage.

Beilage zu No. 38 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

Mittwoch, den 14. Februar 1849.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Febr. In der heutigen Sitzung der Reichs-Versammlung fragte Leth die Regierung, ob sie wirksame und kräftige Anstalten getroffen habe oder treffen werde, der Mißhandlung und dem Ruin der treuen Schleswiger vorzubeugen? Der Premierminister erwiederte, daß, da höhere Interessen es noch nicht gestatteten, den Schleswigern gegen ihre Unterdrücker mit Waffengewalt beizustehen, die Regierung sich unverzüglich an die Repräsentation der befreundeten Mächte hierselbst gewandt und durch deren Vermittelung ihren Regierungen die kräftigsten Vorstellungen gemacht, so wie unsere Gesandten in derselben Richtung instruirt habe, so daß man sich darauf verlassen könne, daß auf diplomatischem Wege für die Schleswiger geschehen sei und geschehen werde, was nur geschehen könne. Am Schluß der Sitzung motivirte Flor in einem langen Vortrage seine Interpellation wegen Aufkündigung des Waffenstillstandes, worauf der Präsident des Staats-Raths die lakonische Antwort ertheilte, daß die Entscheidung dieser Frage allein zum Wirkungskreise der Regierung gehöre, und daß, wenn diese der Versammlung jetzt hierüber Mittheilungen machen wollte, sie sich ihre Handlungsfreiheit abschneiden würde. Obwohl die Versammlung diese Antwort durch ein beifälliges „Ja" bekräftigte, konnte Grundtvig doch nicht unterlassen, einige bittere Worte und Unglücks-Prophezeiungen auszustoßen, weil die Regierung sich ihm und seinen kriegerischen Freunden durch unverzügliches Zuschlagen nicht fügen will, wodurch er sich denn die bemerkbare Mißbilligung der Versammlung zuzog. (St.Anz.)

Italien.

Rom, 30. Januar. Gerüchte sprechen von der Ankunft neuer spanischer Truppen in Gaeta. Auch heißt es, die Stadt Ancona sei durch die dort liegenden sardinischen Schiffe militärisch besetzt worden. Gewiß ist, daß Piemont mit der hiesigen Regierung gebrochen, und zwar, weil man bei der bevorstehenden italienischen Constituante diesseits weder auf eine Garantie der Souveränetät der Fürsten, noch auf indirekte Wahlen mit Census eingehen wollte; der Gesandte ist bereits abgereist. — Man spricht von großen Geldsummen, welche die Regierung nach England geschafft habe. Der Versuch, die Kirchen und Klöster zur Herausgabe ihres Silbers zu nöthigen, ist zu verschiedenen Malen an der Festigkeit des Monsignor Candi gescheitert, indem dieser den Befehl der Auslieferung standhaft verweigerte. Dagegen sollen dem Monte di Pieta bis zum Belaufe von 90,000 Scudi entnommen sein.

Rom, 31. Januar. Nach und nach gestaltet es sich hier kriegerisch. Die venetianisch-lombardischen Freischaaren sind im Begriff, angeblich 12,000 Mann stark, nach der neapolitanischen Grenze aufzubrechen. Dragoner und Pontoniere haben Marschbefehl erhalten. Letztere sollen den Paß von Teracina besetzen. Garribaldi deckt die Straße von Ascoli. Ausgezogen war er mit 12,000 Mann. Er hat aber unbeschränkte Vollmacht, anzuwerben so viel er kann und mag.

General Zamboni ist zu 15jähriger Galeerenstrafe verurtheilt worden. Von den Soldaten, die an dem bewaffneten Tumult am 19. Januar Theil genommen, wurden durch kriegsgerichtlichen Spruch 2 zum Tode, 20 zu lebenslänglicher, 15 zu 20jähriger, 11 zu 15jähriger, 3 zu 5jähriger Galeerenstrafe verurtheilt. Auf General Zucchi wird gefahndet, Einige behaupten, es ständen 1000 Scudi auf seinen Kopf. Fürst Corsini, der achtzigjährige Greis, ist bei Nacht geflohen. Der Courierwechsel ist lebhaft. Eine abermalige neue Ausgabe von Tresorscheinen ist auf die Leuchtenbergischen Appanage-Güter hypothezirt worden. Die Summe beläuft sich auch diesmal auf 600,000 Scudi. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 8. Februar. Die Rateau-Debatte nahm gestern Abend kurz vor Sitzungsschluß eine unerwartete Wendung. Dezeimeries wies nämlich die Nothwendigkeit nach, das Budget von 1849 noch zu berathen, ohne, im Gegensatze zu Sauteyra's Antrage, die Dauer der National-Versammlung zu verlängern. Dezeimeries, praktischer Arzt und Landwirth, prophezeite der Kammer, daß sie 7 bis 8 pCt. Zinsen werde zahlen müssen, wenn sie noch länger zögere. Die Staats-Einnahmen würden schwerlich über 1249 Millionen betragen und das gefürchtete Defizit somit um die Kleinigkeit von 300 Millionen Franken anschwellen. „Wodurch glauben Sie das Defizit zu decken?" fragte Dezeimeries die Versammlung. „Durch Anleihen? Aber wer wird Ihnen bei den heutigen Börsen-Coursen Geld leihen? Sie bestimmen z. B. 193 Millionen Franken für 1850 zur Beschäftigung des Proletariats durch Staatsbauten. Wie aber, wenn sie keine 193 Millionen in der Kasse zum Verbauen haben?" Diese Sprache machte einen solchen Eindruck auf die Versammlung, daß sie mit 445 gegen 373 Stimmen das Budget zu den Wahlgesetz-, Staatsrathsgesetz- und Verantwortlichkeitsgesetz-Entwürfen hinzufügte. Die National-Versammlung hat nun durch Annahme des von Rateau vorgeschlagenen und durch die Amendements von Lanjuinais, Dezeimeries und anderen Mitgliedern modifizirten Antrages ihre Laufbahn begränzt und wird etwa noch achtzig bis neunzig Tage zusammenbleiben.

— Vor einem Bilderladen im Passage Choiseuil haben wiederholt unruhige Auftritte stattgefunden, aus Veranlassung einer Art legitimistischer Kunstausstellung. Gegenwärtig bemerkt man die Vignette zu einem Gesangstück, betitelt: Rückkehr des Königs Carl VII. nach Paris, welche die Züge des Grafen von Chambord statt der Carls VII. darstellt. Der König trägt die Krone, das Scepter in der einen Hand, während er die andere Hand aufs Herz legt. Er reitet ein Pferd, dessen Chaberacke mit Lilien durchwirkt ist.

— Täglich häufen sich die Beweise von dem traurigen Zustande der Entsittlichung der Gesellschaft. Verbrechen aller Art, die scheußlichsten, die man ersinnen kann, werden begangen; in den letzten Wochen bot die Morgue einen schauderhaften Anblick dar, indem nicht weniger als eilf Leichen darin zur Aufstellung kamen, alle in Folge gewaltsamen Todes, durch Selbstmord oder durch fremde Hand. Vieles verschuldet das Elend, das durch die Februar-Revolution so ungeheuer gewachsen ist. Vielleicht ist in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft nie ein frevelhafteres Vergehen, gemischt aus Leichtsinn, Leidenschaft, Wahnwitz und Bosheit, begangen worden, als die Aussaat der störenden Grundsätze, die in der Februar-Revolution aufgegangen ist, und jetzt mit wahrer Erbitterung gepflegt wird. Die heiligsten Banden sind gelöst; Verachtung des Sittengesetzes, Unglaube, chimärische Hoffnungen und Träume, bieten einander die Hand. Wie soll man sich wundern, daß dabei die schreckenvollsten Einzelthaten jeden Augenblick vollbracht werden, wenn Tausende auf nicht minder grauenvolle Gewaltthaten gegen das Ganze der Gesellschaft ihre Hoffnungen gründen, und ein Recht dazu zu haben wähnen oder doch vorgeben? Die Noth, das Elend, müssen täglich wachsen unter solchen geistigen Einflüssen. Und ihnen gegenüber verschwindet die letzte Spur der Achtung vor dem Gesetz. Dennoch ist das natürliche Gefühl des Rechts und Unrechts nicht erloschen, weil es nie erlöschen kann. Jeder hat es, wo er auf Thatsachen blickt, in denen seine eigene Leidenschaft nicht Partei nimmt. So hat ein Ereigniß, klein gegen den ungeheuren Umschwung der Schicksale und Leidenschaften in der Gesammtheit, allein grauenvoll in sich, dieser Tage große Spannung erregt. Es war in der Seine ein Sack mit den Gliedern eines weiblichen Leichnams gefunden worden; eine scheußliche Masse. Man hatte die zerhackten Theile zusammengesetzt, und so den Leichnam einer Frau, noch in jungen Jahren, dergestalt wieder hergestellt, daß sie erkennbar war, und demgemäß in der Todtenkammer der Morgue öffentlich ausgestellt wurde. Man erkannte sie auch, sie war eine Wäscherin der Vorstadt, die einen liederlichen Lebenswandel führte. Der Verdacht der gräßlichen Art der Ermordung fiel auf ihren Mann. Derselbe ist eingezogen. Es scheint kein Zweifel obzuwalten, daß die Erbitterung über die Lebensweise seiner Frau, die sich weigerte, mit ihm Paris zu verlassen, ihn zu der gräßlichen That geführt hat. Dies das Bild eines Pariser Hausstandes, wie es tausende giebt, wie unrichtige Grundsätze, entartete Sitten, leichtfertige Duldung aller Ausschweifungen, dieselben erzeugen! Wer will sich da über die Folgen wundern? Wie soll bei so gehäuftem Krankheitsstoff die verheerende moralische Pest nicht ausbrechen? Wie, wo nur Pulver und Zündstoff liegt, und eine ungezügelte Politik das Schwingen jeder Art der Brandfackeln gesetzlich gestattet, die Explosion ausbleiben?

Paris, 9. Februar. Nicht ohne ein eigenes Gefühl von Mißbehagen kann man dem Gange der Verhandlungen in der National-Versammlung folgen. Keiner fühlte sich mehr an seinem Platze, und doch mochten die vorweltlichen Republikaner nicht gerne sich dem Schicksale einer neuen Wahlniederlage aussetzen. Sie wollen nicht begreifen, daß, was Dufaure für Jeden, der überhaupt sehen will, bis zum Augenschein nachgewiesen hat, die Republik immer mehr an Kredit verliert, je länger die Versammlung im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung zusammenhält. (D. Ref.)

— Der langwierige Prozeß wegen der Ermordung des Generals Bréa an der Barriere von Fontainebleau ist zu Ende und das Todesurtheil über mehrere der Angeklagten gesprochen. Fünf der Angeklagten wurden des Mordes an dem General Bréa und dem Kapitain Mangin, der Theilnahme an einem Attentat gegen die Regierung, der Aufreizung zum Bürgerkrieg und des Verbrechens, Zerstörung, Plünderung und Blutbad in der Hauptstadt angerichtet zu haben, schuldig befunden. Drei wurden freigesprochen und 16 Andere zu lebenswieriger Zwangsarbeit bis herab zu zwei Jahren Gefängnißstrafe verurtheilt. Das Kreisgericht bastimmt, daß an den 5 Erstgenannten die Todesstrafe an dem Schauplatz des Verbrechens selbst vollstreckt werden soll. Beim Schlusse der Verhandlungen befragt, ob sie den Reden ihrer Vertheidiger persönlich noch etwas beizufügen hätten, nahmen die am schwersten Gravirten eine äußerst trotzige Haltung an: Keiner bekannte sich zu dem scheußlichen Verbrechen, dessen sie durch Zeugen überführt waren. Als aber gegen Mitternacht den gesetzlichen Bestimmungen gemäß der Regierungskommissair den Angeklagten im Gefängniß das Urtheil mit bewegter Stimme verkündigt hatte, sanken die Unglücklichen wie gebrochen zusammen. Einer, Namens Noury, der während der gerichtlichen Verhandlungen das stolzeste Selbstgefühl an den Tag gelegt hatte, versuchte zu rufen: „Es lebe die demokratische und soziale Republik!" aber die Stimme versagte ihm und Todtenbläße überzog sein Gesicht. Ein Anderer, der zu zehnjähriger Zwangsarbeit verurtheilt worden war, rief: „In zehn Jahren werde ich noch Kraft genug haben, um der demokratischen und sozialen Republik zu dienen!" Die armen Verführten in der Vorstadt St. Antoine benahmen sich ganz anders. Durch die schnödesten Vorspiegelungen hatten die Anstifter sie bis zum bewaffneten Widerstand aufgewiegelt: aber mit Resignation, oft mit Widerwillen nahmen sie die Flinte in die Hand. Wie viele Verbrechen haben die Klubprediger auf ihrem Gewissen!

Ordnung ist die Mutter der Freiheit.

Alle Mitglieder sowohl der ersten als zweiten Kammer, welche dieser Ansicht in allen ihren Consequenzen beipflichten, lade ich hiermit ergebenst ein, im Falle, daß die Kammern für den 26sten d. M. einberufen werden sollten, sich bereits am 23sten in Berlin einzufinden, um uns darauf vorzubereiten, wie dieser oberste Grundsatz zur allgemeinen Geltung zu bringen.

Ich bitte die geehrten Herren, mir durch die Vossische oder neue Preußische Zeitung in Berlin ihre Zustimmung zu dieser Vorberathung mitzutheilen.

Ich selbst werde am 23sten um 10 Uhr des Morgens im Hôtel du Nord sein, um die unmittelbaren Vorkehrungen unseres Zusammentretens besprechen zu können. Eintracht ist Kraft.

Der Himmel segne und schütze unser theures Vaterland.

Groß-Strehlitz, den 11ten Februar 1849.

Andreas Graf Renard,
Deputirter des Groß-Strehlitzer und Lublinitzer Kreises zur zweiten Kammer.

Bei **L. Weiß** in Stettin ist zu haben:

Doppel-Portrait unseres Königspaares.

Zur Erinnerung an die silberne Hochzeit am 29. Novbr. 1848.

Lithogr. von Hüser. Preis 1 Thlr.

Officielle Bekanntmachungen.

Publicandum.

Die Reparatur der langen Brücke macht deren Sperre auch für Fußgänger am 15ten und 16ten d. Mts. erforderlich.

Zur unentgeldlichen Uebersetzung der Fußgänger werden Böte in Bereitschaft gehalten werden.

Stettin, den 13ten Februar 1849.

Königliche Polizei=Direktion.
Hessenland.

Literarische und Kunst=Anzeigen.

So eben wurde versendet und kann demnächst gratis von den resp. Abonnenten bei den Handlungen, von welchen sie ihr Exemplar bezogen, in Empfang genommen werden: die eilfte (Schluß=)Lieferung des Werkes:

Des Deutschen Volkes Erhebung.

Diese 11te Lieferung **enthält die Nummern, welche in Gemäßheit meiner Anzeigen vom 15ten Mai und 15ten Oktober v. J. auf den Gewinn=Antheil von resp. 1000 oder 2500 Thalern Anspruch geben,** und kann derselbe z. Z. nur gegen Rückgabe des betreffenden Exemplares mit Einschluß jener 11ten Lieferung ausgezahlt werden, daher die resp. Abonnenten zur Vermeidung eines Verlustes nicht versäumen wollen, sich ohne Verzug in den Besitz dieser Gratis=Lieferung zu setzen. Fernere Bestellungen auf das in Rede stehende Werk mit den den Antheil auf den Gewinn=Antheil von resp. 1000 oder 2500 Thlrn. begründenden Nummern nehmen alle Buchhandlungen an. Der Preis für ein compl. Exemplar mit den 20 wohlgetroffenen Portraits ist 2 Thlr., doch wird auch noch Abonnement zur allmähligen Empfangnahme in 10 Lieferungen, a 6 sgr., (die 11te gratis) angenommen.

Danzig, Ende Januar 1849.

Friedrich Gerhard.

NICOLAI'SCHE Buch- & Papierhandlung (C. F. Gutberlet) in Stettin, grosse Domstrasse No. 667.

Todesfälle.

Heute früh halb 1 Uhr endete ein sanfter Tod die vielen schmerzlichen Leiden unserer geliebten Mutter, Schwieger= und Großmutter, Dorothea Anna Maria Busse, im 68sten Jahre ihres vielbewegten Lebens, welches tief betrübt allen Theilnehmenden hiermit anzeigen

die Hinterbliebenen.

Stettin, den 12ten Februar 1849.

Gerichtliche Vorladungen.

Edictal=Citation.

Das im Randowschen Kreise Vorpommerns belegene von Ramin'sche Lehngut Kyritz soll im Wege der Exekution zur nothwendigen Subhastation gestellt werden. Es werden daher alle Diejenigen, welche Real=Ansprüche, die nicht in das Hypothekenbuch eingetragen sind, an diesem Gute zu haben vermeinen, aufgefordert, dieselben in dem hierzu an der Gerichtsstelle vor dem Referendarius von Radecke auf den 16ten April künftigen Jahres, Vormittags 11 Uhr, angesetzten Termine anzumelden, widrigenfalls sie bei ihrem Ausbleiben alles wider sich gelten lassen müssen, was von den bekannten Realprätendenten mit den übrigen Betheiligten verhandelt wird.

Stettin, den 3ten September 1848.

Königliches Ober=Landesgerichts. Erster Senat.

Auktionen.

Montag den 26sten Februar, Vormittags 10 Uhr, sollen im Börsenkeller 8 Kisten Champagner durch den Makler Herrn Bonfeld verkauft werden.

Im Bauer Michael Dittmer'schen Hofe zu Züllchow soll am 16ten Februar c., Vormittags 9 Uhr, Glas, Fayance, Leinenzeug, Flachs, Garn, männliche Kleidungsstücke, verschiedene Mobilien, ein Webestuhl nebst Zubehör, Haus= und Küchengeräth versteigert werden.

Reisler.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Eine Laden=Einrichtung zu einem Viktualiengeschäft soll sofort billig verkauft werden. Näheres kl. Domstraße 689, eine Treppe hoch.

Schottischen Saat=Hafer

empfing wieder und offerirt solchen zum billigen Preise

J. A. Gloth, Heiligegeiststr. No. 228.

Reines Gänseschmalz ist zu haben beim Viktualienhändler Behm, Breitestraße No. 390.

Grünes Fensterglas,

wie auch Medocflaschen u. s. w. verkaufe ich zu billigen Preisen.

H. P. Kreßmann in Stettin.

Wegen Aufgabe eines Destillations=Geschäftes sollen die Bestände von dopp. und einf. Branntweinen, Liqueuren und Rums zu den Kosten=Preisen verkauft werden. Näheres Frauenstraße 911 a.

Spiel=Bälle

für Kinder, a Dutzend 2½ und 4 sgr., bei

L. Ziegenhagen,
am Fischmarkt No. 964.

Frische fette Butter,

a Pfd. 5 sgr., bei 5 Pfd. billiger; feinste Holsteiner Butter, a 8 sgr., empfiehlt

Carl Betsch, gr. Wollweberstr. 565.

Feinste Kochbutter

a Pfd. 5 sgr., bei 5 Pfd. billiger, offerirt

Erhard Weissig.

Grosse frische Holst. und Engl. Austern,

einen neuen Transport frischen grauen, großkörnigen, wenig gesalzenen Astr. Caviar, Strasburger Gänseleber=Pasteten und Böhm. Fasanen und Rebhühner empfing und empfiehlt

J. F. Krösing.

Von Messinaer Apfelsinen und Citronen

habe ich bereits meine größere Zusendung direkt auf hier erhalten, und offerire davon bei Parthien und ausgezählt billigst.

J. F. Krösing,
oberhalb der Schuhstraße No. 626.

Vermiethungen.

Grapengießerstraße No. 416, eine Treppe hoch, sind 2 schöne Stuben mit eleganten Möbeln zu vermiethen.

Ein möblirtes Zimmer ist Baumstraße 998, eine Treppe hoch, zu vermiethen.

Schiffbau=Lastadie No. 8 ist in der 3ten Etage ein Quartier von 3 Stuben, heller Küche und sonstigem Zubehör zu vermiethen.

Breitestraße No. 365 ist die dritte Etage von Ostern 1849 ab zu vermiethen.

Kleine Domstraße No. 685 sind 7 heizbare Zimmer nebst Zubehör, Kellerraum zu Wein und Holz, zu vermiethen und können sogleich oder zu Ostern bezogen werden. Preis 300 Thaler jährlich.

Eine Wohnung nebst Böttcherwerkstätte, oder zur Feuerwerkstätte geeignet, ist zum 1sten März oder 1sten April zu vermiethen Rödenberg No. 236.

Oberwiek No. 56 ist die zweite Etage, bestehend aus 4 Zimmern nebst allem Zubehör, sofort oder zum 1sten April an eine ruhige Familie sehr billig zu vermiethen.

Zu vermiethen im Hause Breitestraße No. 353: sogleich: Stallung zu 1, 2, 4 bis 6 Pferden nebst Wagenremise; zum 1sten April 1849: 1 Quartier von 2 Stuben, Entree, Küche rc., eine Treppe hoch, nach vorn heraus, nebst Remise und zwei aufeinanderfolgende Böden (bis dahin von dem Herrn Moritz Pincson zum Handel mit rohen Produkten benutzt).

Frauenstraße No. 906 b. ist die zweite Etage, bestehend aus 3 Stuben mit Zubehör, zu vermiethen. Das Nähere Frauenstraße 879.

Eine wirklich gute herrschaftliche Wohnung, be Etage, Sonnenseite, von 8 heizbaren Piècen nebst allem dazu gehörigen sehr bequemen Wirthschaftsräumen, ist sofort zu vermiethen. Wo? wird in der Zeitungs=Expedition gesagt.

Große Wollweberstraße No. 579 ist die 3te Etage von 4 Stuben, Alkoven nebst Zubehör, zum 1sten April zu vermiethen.

Heumarkt 138

ist zum 1sten April 3 Treppen hoch eine Wohnung, bestehend aus 3 Stuben, Kammern, Küche, Waschhaus und Bodenraum, zu vermiethen.

Schuhstraße No. 860 ist ein Laden mit completter Einrichtung nebst Comptoir, einer Stube und trockenem Keller sofort billig zu vermiethen. Das Nähere daselbst parterre.

Eine Stube und Kammer ist Fuhrstraße No. 639 zu vermiethen.

Kl. Domstraße 686 ist die zweite Etage — 3 Stuben, Kammer, Alkoven, Küche und Zubehör — zu vermiethen.

Louisenstraße No. 755 ist die 2te Etage zum 1sten April d. J. zu vermiethen. Das Nähere beim Wirth.

Roßmarkt No. 720 ist die dritte Etage zum 1sten April zu vermiethen.

Eine Wohnung von vier Stuben, Alkoven, heller Küche und sonst nöthigem Zubehör im Hause gr. Oderstraße No. 17, 3 Treppen hoch, ist zu Ostern a. c. zu vermiethen. In demselben Hause sind noch parterre und in anderen Etagen einzelne Zimmer sofort zur Vermiethung frei.

Dienst= und Beschäftigungs=Gesuche.

Verlangt: 3 Hauslehrer, 4 Lehrlinge fürs Comptoir, 2 Lehrlinge fürs Materialgeschäft, 3 Lehrlinge für Landwirthschaft, 2 Brennerei=Inspektoren.

J. A. Gloth, Heiligegeiststraße 228.

In meiner Bronce=Fabrik kann ein ordentlicher Knabe als Lehrling placirt werden.

C. Deplanque's Wwe.,
Königsplatz No. 825.

Für meine Mode= und Seiden=Waaren=Handlung suche ich einen Lehrling, der sogleich eintreten kann.

A. Hirschfeld, Breitestraße No. 345.

Ein wohlerzogener Knabe findet als Lehrling ein Unterkommen bei

W. Rahnert, Maler,
Schiffbau=Lastadie No. 8.

Ein ordentlicher Knabe, der Wohnung und Beköstigung erhält, kann sogleich oder zum 1sten April als Lehrling eintreten beim Vergolder und Bronzeur

L. Klich, Grapengießerstr. 419.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Künstliche Zähne, sowie ganze Gebisse werden schnell und dauerhaft angefertigt von

M. Seligmann, prakt. Zahnarzt,
Kohlmarkt No. 430.

Freitag, den 16ten d., Abends 8 Uhr, im Saale des Bayerschen Hofes:

General=Versammlung des Schützen=Vereins der Handlungsgehülfen,

wozu auch die Mitglieder des Unterstützungs=Vereins eingeladen werden.

Zweck der Versammlung:
1) Nachweis über die Verwendung der Beiträge;
2) Wahl neuer Vorsteher.

Die Vorsteher.

Niemand darf auf meinen oder meiner Frau Namen ohne Conto=Buch oder baare Zahlung etwas verabfolgen, da ich keine Zahlung leiste. Die Herren Apotheker bitte ich, dies vorzugsweise zu beachten.

Th. Waffler nebst Frau, Schneidermstr.

Elegante **Masken=Anzüge** und **Domino's** für Herren und Damen find billigst zu vermiethen, Schuhstraße 863, bei

C. Zander.

Täglich sind frische Blutegel aus meinem Teich zu haben, und werden auch auf Verlangen applicirt im Laden, Bollwerk No. 1068.

Beuchel.

Masken=Anzüge so wie Domino's in den schönsten Lichtfarben sind zu den bevorstehenden Maskenbällen billigst zu vermiethen bei

L. Eichhorst,
Mittwochstraße 1077.

Ein Laden in der besten und lebhaftesten Gegend der Stadt, welcher zu jedem Geschäft sich eignet, soll veränderungshalber verpachtet werden. Näheres in der Zeitungs-Exped.

Lotterie.

Zur 2ten Klasse 99ster Lotterie sind noch Kauflooſe zu haben bei

J. C. Rolin, Königl. Lotterie=Einnehmer.